

Weichenstellung für den Frieden

Die amerikanischen Neokonservativen wollten Russland in der Schwarzmeerregion einkesseln. Dieser Plan ist gescheitert. Jetzt besteht die Möglichkeit für erfolgreiche Verhandlungen.

Jeffrey D. Sachs

Wir treten in das Endstadium des dreisigjährigen Debakels der amerikanischen Neokonservativen in der Ukraine ein. Der Plan der Neokonservativen, Russland in der Schwarzmeerregion durch die Nato einzukesseln, ist gescheitert. Die Entscheidungen, die die USA und Russland jetzt treffen, werden für den Frieden, die Sicherheit und das Wohlergehen der ganzen Welt von enormer Bedeutung sein.

Nato-Osterweiterung beenden

Vier Ereignisse haben die Hoffnungen der Neokonservativen auf eine Nato-Erweiterung nach Osten, in die Ukraine, nach Georgien und darüber hinaus, zunichtegemacht. Das Erste ist ganz einfach. Die Ukraine ist auf dem Schlachtfeld verwüstet worden, mit tragischen und entsetzlichen Verlusten. Russland gewinnt den Zermürbungskrieg, ein Ergebnis, das von Anfang an vorhersehbar war, das die Neocons und die Mainstream-Medien aber bis heute leugnen.

Der zweite Grund ist die schwindende Unterstützung in Europa für die Strategie der Neokonservativen. Polen spricht nicht mehr mit der Ukraine. Ungarn ist seit langem gegen die Neokonservativen. Die Slowakei hat eine anti-neokonservative Regierung gewählt. Die EU-Führer (Emmanuel Macron, Giorgia Meloni, Pedro Sánchez, Olaf Scholz, Rishi Sunak und andere) haben weitaus höhere Ablehnungsquoten als Zustimmungswerte.

Der dritte Punkt ist die Kürzung der finanziellen Unterstützung der USA für die Ukraine. Die Basis der Republikanischen Partei, mehrere republikanische Präsidentschaftskandidaten und eine wachsende Zahl republikanischer Kongressabgeordneter lehnen weitere Ausgaben für die Ukraine ab.

Der vierte und aus ukrainischer Sicht dringliche Punkt ist eine wahrscheinliche russische Offensive. Die Ukraine hat Hunderttausende von Opfern zu beklagen, und ihre Artillerie, Luftabwehr, Panzer und andere schwere Waffen sind

verheizt worden. Russland wird wahrscheinlich mit einer massiven Offensive nachziehen.

Der Ukraine droht der wirtschaftliche, demografische und militärische Zusammenbruch. Was sollte die US-Regierung angesichts dieser potenziellen Katastrophe tun?

Sie sollte dringend ihren Kurs ändern. Grossbritannien rät den Vereinigten Staaten zur Eskalation, da es in seinen imperialen Träumereien des 19. Jahrhunderts verhaftet ist, während

Es ist dringend notwendig, dass kühlere Köpfe die Oberhand gewinnen.

die amerikanischen Neocons in imperialer Überheblichkeit verharren. Es ist dringend notwendig, dass kühlere Köpfe die Oberhand gewinnen.

Präsident Joe Biden sollte Präsident Wladimir Putin mitteilen, dass die USA die Nato-Osterweiterung beenden werden, wenn die USA und Russland eine neue Vereinbarung über Sicherheitsvereinbarungen treffen. Biden sollte

sich bereit erklären, eine Sicherheitsvereinbarung auszuhandeln, die den Vorschlägen von Präsident Putin vom 17. Dezember 2021 entspricht, wenn auch nicht in allen Einzelheiten. Biden hat sich dummerweise geweigert, im Dezember 2021 mit Putin zu verhandeln. Es ist an der Zeit, zu verhandeln.

Zeit für Tschaikowsky

Es gibt vier Schlüssel für eine Einigung. Erstens sollte Biden als Teil eines Abkommens zustimmen, dass die Nato nicht nach Osten erweitert wird, aber auch nicht die bisherige Nato-Erweiterung rückgängig machen. Die Nato würde keine russischen Übergriffe auf bestehende Nato-Staaten dulden.

Zweitens sollte sich das neue Abkommen auf Atomwaffen beziehen. Der einseitige Ausstieg der USA aus dem Vertrag über die Bekämpfung ballistischer Flugkörper im Jahr 2002, die Stationierung von Aegis-Raketen in Polen und Rumänien, der einseitige Ausstieg der USA aus dem INF-Abkommen (Intermediate Nuclear Forces Treaty) im Jahr 2019 und die Aussetzung des New-Start-Vertrags



Schlüssel zu stabilem Frieden: Putin (l.) und Biden in Genf, Juni 2021.

durch Russland im Jahr 2023 haben die Spannungen erheblich verstärkt.

Drittens würden sich Russland und die Ukraine auf neue Grenzen einigen, wobei die überwiegend ethnisch russische Krim und die stark ethnisch geprägten russischen Gebiete der Ostukraine Teil Russlands bleiben würden. Die Grenzänderungen würden mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine einhergehen, die vom Uno-Sicherheitsrat und von Staaten wie Deutschland, der Türkei und Indien einstimmig unterstützt würden.

Viertens würden die USA, Russland und die EU ihre Beziehungen in den Bereichen Handel, Finanzen, Kultur und Tourismus wiederherstellen. Es ist sicherlich wieder an der Zeit,

Die Neocons tragen einen Grossteil der Schuld an der Unterminierung der ukrainischen Grenzen von 1991.

Rachmaninow und Tschaikowsky in den amerikanischen und europäischen Konzertsälen zu hören.

Sollten Russland, die Ukraine oder die USA anschliessend gegen das neue Abkommen verstossen, würden sie den Rest der Welt herausfordern. Wie John F. Kennedy feststellte, «kann man sich darauf verlassen, dass selbst die feindlichsten Nationen die Vertragsverpflichtungen – und nur diese – akzeptieren und einhalten, die in ihrem eigenen Interesse sind».

Kollektive Sicherheit

Die Neocons tragen einen Grossteil der Schuld an der Unterminierung der ukrainischen Grenzen von 1991. Russland beanspruchte die Krim erst nach dem von den USA unterstützten Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch im Jahr 2014. Auch den Donbass hat Russland nach 2014 nicht annektiert, sondern die Ukraine aufgefordert, das von den Vereinten Nationen unterstützte Minsk-II-Abkommen einzuhalten, das dem Donbass Autonomie verspricht. Die Neokonservativen zogen es vor, die Ukraine zu bewaffnen, um den Donbass gewaltsam zurückzuerobern, anstatt dem Donbass Autonomie zu gewähren.

Der Schlüssel zu stabilem Frieden in Europa ist kollektive Sicherheit, wie sie von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gefordert wird. Gemäss den OSZE-Vereinbarungen werden die OSZE-Mitgliedstaaten «ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten verstärken».

Jeffrey D. Sachs ist Professor für Entwicklungsökonomie und Direktor des Center for Sustainable Development an der Columbia University sowie Präsident des «Sustainable Development Solutions Network» der Uno. www.jeffsachs.org

In der Staatslimousine durch Gaza City

Wie Schweizer Politiker ihre Liebe zu Palästina entdeckten. Und bis heute daran festhalten.

Hubert Mooser

Bern

Auch jetzt wieder, nach dem Angriff der Hamas auf Israel, bemühen sich Parlamentarier wie der Zürcher SP-Nationalrat Fabian Molina um eine differenziertere Betrachtungsweise – die sie im Krieg in der Ukraine interessanterweise nicht gelten lassen. So hat die SRF-«Tagesschau» von Montagabend die Nachricht zur grossen Schlagzeile gestemmt, dass jetzt sogar die Linke für ein Verbot der Terrororganisation Hamas sei. Als Zeuge für den angeblichen Stellungswechsel wurde dabei Molina vorgeführt. Nur hat sich Molina nicht für ein Verbot ausgesprochen. Der Zürcher Politiker sprach bloss von «prüfen» und nicht von verbieten.

Diese Art von Appeasement-Politik gegenüber den Palästinensern und der Hamas pflegte bereits SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Anlässlich der Botschafterkonferenz im August 2008 sagte die Magistratin, die Schweiz verurteile Terror, wie ihn die Hamas, die Hisbollah oder die Farc verbreiteten. Die Vertreter dieser Organisationen seien aber wichtige Mitspieler, wenn es darum gehe, Konflikte zu beenden. Mit ihnen zu verhandeln heisse nicht, ihre Taten zu entschuldigen. Dabei hiess es bis dahin immer, mit Terroristen werde nicht verhandelt. Calmy-Rey schlug plötzlich neue Töne an.

Werbetour der Palästinenser

Es ist kein Zufall, dass fast genau ein Jahr nach Calmy-Reys Wahl eine parlamentarische Delegation unter Ständerat Bruno Frick (CVP) die palästinensischen Gebiete im Westjordanland und den Gazastreifen besuchte. Eine Premiere. Die Reise eingefädelt hatte die palästinensische Mission in Bern über den Nationalrat der Grünen, Daniel Vischer (2017 verstorben). Er präsidierte damals die parlamentarische Freundschaftsgruppe Schweiz-Palästina. Neben Frick und Vischer gehörten der Delegation auch der heutige Genfer Ständerat Carlo Sommaruga (SP) an, der die Freundschaftsgruppe jetzt leitet, Nationalrat Geri Müller (Grüne), dazu der Schriftsteller Franz Hohler sowie die zwei Professoren Andreas Auer und Georg Kreis.



Besuch bei Arafat:
SP-Ständerat Sommaruga.

Es war eine Werbetour der Palästinenser, die im Besuch von Jassir Arafat in Ramallah gipfelte. Auch ein Trip in Staatslimousinen durch das teils zerstörte Gaza City gehörte zum Programm. Seither sind wiederholt Parlamentarier nach Palästina gereist, und der politische Diskurs hat sich langsam, aber stetig zuungunsten von Israel verschoben.

Die Hamas wurde von palästinensischen Gelehrten wie Sumaya Farhat-Naser bei späteren Auftritten in der Schweiz als Sozialhilfeorganisation verharmlost. Diese abenteuerliche Sicht der Dinge machte sich der Grüne Geri Müller zunutze, als er 2012 mit deren Vertretern im Bundeshausrestaurant auftrat. «Die Hamas ist keine Terrororganisation», rechtfertigte er sich in den Medien.

Wenn es um die Palästinenser geht, drückt das Parlament heute beide Augen zu. So werden an Schulen im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ostjerusalem palästinensische Schüler mit problematischen Schulbüchern unterrichtet, in denen Terroristen als Märtyrer gefeiert werden – die Bücher hat die Schweiz über das Uno-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) teils mitfinanziert. SVP-Präsident Marco Chiesa verlangte in einem Vorstoss, dass man der zuständigen Kommission jeweils das aktuell verwendete Schulmaterial vorlegen müsse, bevor diese Gelder für die UNRWA genehmige. Der Vorschlag wurde abgelehnt.